



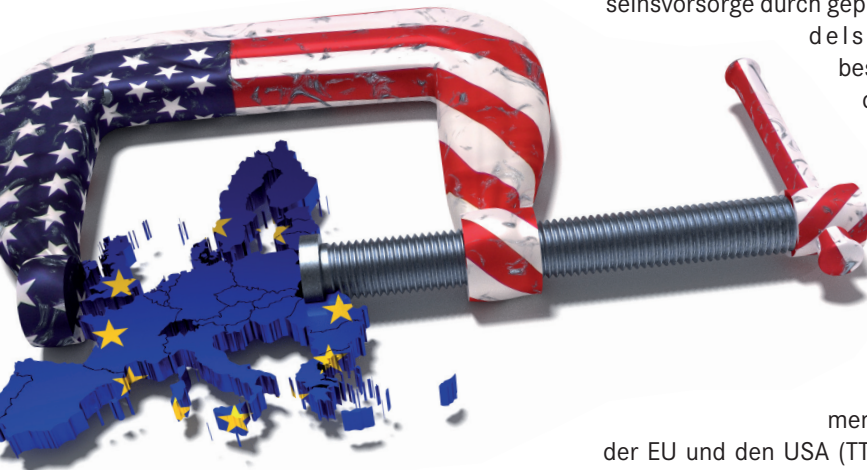
Foto: Renate Tolle/PIXELIO

DIE LINKE.

Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Ausgabe #1/2015

Rat verabschiedet Resolution gegen Freihandelsabkommen



Der Rat der Landeshauptstadt hat einen Antrag von SPD, Grünen und LINKEN gegen die Gefährdung der kommunalen Daseinsvorsorge durch geplante Freihandelsabkommen beschlossen, die derzeit hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Es geht um das Freihandelsabkommen zwischen

der EU und den USA (TTIP), zwischen der EU und Kanada (CETA) und ein weltweites Dienstleistungsabkommen, das auf das Kürzel TISA hört. Der Appell des Rates richtet sich an EU-Kommission, EU-Parlament, Bundes- und Landesregierung und fordert nicht nur, die Geheimniskrämerei bei den Verhandlungen zu beenden.

Klares Nein zu Privatisierungen

Das wirtschaftliche Engagement der Städte und Gemeinden im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur dürfe nicht eingeschränkt werden, heißt es im Antrag. Dazu zählen etwa der öffentliche Nahverkehr, Wasserversorgung, soziale Dienstleistungen,

der Kultur- und Bildungsbereich oder die Abfallwirtschaft. In diesen Bereichen sind bisher vielfach kommunale Unternehmen tätig, die durchs TTIP ins Visier von Privatisierungen geraten können. Wie durchsickerte, sollen nur Dienstleistungen ausgenommen werden, die in „hoheitlicher Gewalt“ erbracht werden. Gemeint sind jene, die nicht im Wettbewerb zu privaten Unternehmen stehen. Im Dienstleistungsabkommen TISA soll zudem vereinbart werden, dass einmal privatisierte Unternehmen nicht mehr in staatliches Eigentum zurückkehren dürfen.

Umwelt- und Sozialstandards müssen bleiben!

Die Resolution des Rates fordert außerdem, soziale, ökologische und regionale Kriterien bei der Vergabe von Aufträgen an Unternehmen nicht zu verschlechtern. Auch dürften Umwelt- und Sozialstandards nicht durch Klagen von ausländischen Investoren vor einem Schiedsgericht unter die Räder kommen. Möglich machen das Klauseln zum „Investorenschutz“ im TTIP. Als Paralleljustiz sind diese Schiedsgerichte mit Anwälten besetzt, die im Gegensatz zu unabhängigen Richtern bestimmte Interessen vertreten. Der „Investorenschutz“ ermöglicht prinzipiell, das Tarifsysteem, die Mitbestimmung, ja selbst die Mindestlöhne als „Investitionshemmnis“ wegzuklagen.

„Stadt muss deutlich mehr Sozialwohnungen bauen“ Reges Interesse an Podiumsdiskussion zu steigenden Mieten und Wohnungsnot



V.l.n.r.: Dr. Andrej Holm, Oliver Förste, Stefan Schostok

Vor mehr als hundert Zuhörer/innen haben Fachleute und Vertreter/innen der Stadtgesellschaft auf Einladung der Linksfraktion im Szenelokal GiG in Linden-Mitte über k o m m u n a l e Handlungsmöglichkeiten gegen steigende Mieten und

Wohnungsnot diskutiert.

Der renommierte Stadtsoziologe Andrej Holm von der Berliner Humboldt-Universität machte deutlich, dass die private Wohnungswirtschaft bei der Bereitstellung von preiswertem Wohnraum versagt. Deshalb müsse der Staat einspringen und bauen, so Holm. „Das machen wir“, sagte Petra Bliwert von der städtischen Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover. Hartz-IV-Bezieher/innen, Obdachlose und andere Menschen mit wenig Geld würden davon profitieren.

Oberbürgermeister Stefan Schostok (SPD) verwies mit Blick auf die geplante Wasserstadt auf dem ehemaligen Conti-Gelände in Limmer auf das Engagement der Stadt, der massiv steigenden Wohnungsnachfrage zu entsprechen. Auch bemühe sich die Stadt, der steigenden Nachfrage nach barrierearmen, seniorenrechtlichen Wohnungen nachzukommen.

LINKEN-Fraktionschef Oliver Förste forderte, in der Wasserstadt auch 25 Prozent Sozialwohnungen zu bauen – und nicht nur dort. Generell müsse die Stadt deutlich mehr preiswerten Wohnraum schaffen, so Förste. „Kaum jemand spricht darüber, wenn er wegen Mietpreiserhöhungen oder der Umwandlung seiner Mietwohnung in Eigentum aus Linden wegziehen muss“, sagte Steffen Mallast, Mitglied der Kampagne Ahoi – einem Zusammenschluss von Bewohnerinnen und Bewohnern Lindens, die mit der Besetzung leerstehender Gebäude als erste auf das Problem aufmerksam machten.

„Fälle von Verdrängung werden, wenn überhaupt, erst im Nachhinein in der Öffentlichkeit bekannt. „Die geburtenstarken Jahrgänge werden bald in Rente gehen, und viele werden dann nur die Grundsicherung im Alter bekommen“, sagte Linden-Limmers Bezirksbürgermeister Jörg-Rainer Grube. Die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum werde deshalb in den nächsten Jahren weiter deutlich steigen. Grube forderte, genossenschaftliche Baugruppen stärker zu unterstützen, um preiswerte Mietwohnungen zu schaffen. LINKEN-Regionsabgeordneter Michael Fleischmann forderte von der Region als zuständiger Behörde, die Mietobergrenzen für Hartz-IV-Bezieher/innen deutlicher anzupassen, um deren Chancen bei der Wohnungssuche zu verbessern. Bei der Mietobergrenze handelt es sich um die Höhe, bis zu der das Amt die Miete bezahlt.

Impressum

Herausgeberin:

Fraktion DIE LINKE
im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Leinstr. 16, 30159 Hannover
Tel.: 0511 168 463-48
Fax: 0511 168 463-76
www.linksfraktion-hannover.de
Email: heidrun.tannenberghannover-rat.de

Redaktion:
Michael Fleischmann,
V.i.S.d.P.: Oliver Förste,
Satz: Markus Hintze

Bädersanierung auf die lange Bank geschoben

Die Stadt will mit der Sanierung des Fössebades in Linden erst in zwei Jahren beginnen, obwohl sie die Sanierung seit mehr als zehn Jahren vor sich herschiebt. So steht es im Bäderkonzept, dem Sanierungsfahrplan für die 13 Hallen-, Frei- und Kombibäder der Stadt, den SPD und Grüne im Rat beschlossen haben. Das Konzept sieht auch steigende Eintrittspreise für Badegäste und höhere Mieten für Vereine und Verbände vor. Die Mieten sollen bis 2018 in drei Schritten um 50 Prozent



im Vergleich zu 2013 steigen, was unter den Vereinen Unmut auslöste. Die Linksfraktion lehnt nicht nur das Drehen an der Preisschraube ab und stimmt deshalb gegen das Konzept. Sie fordert auch, mit den Planungen für das Fössebad umgehend zu beginnen, um eine zeitnahe Entscheidung

für einen Neubau oder eine Sanierung treffen zu können. Nächstes Jahr könnten dann die Handwerker anrücken. DIE LINKE will außerdem die Sanierung des Stöckener Bades vorziehen. „Sonst sind diese Bäder in ihrem Bestand gefährdet“, gibt Ratsfrau Helga Nowak zu bedenken. Mit dieser Sorge steht die Linksfraktion nicht allein. Nachdem seit drei Jahren im Fössebad kein Freibadbetrieb mehr möglich ist, sorgen sich Bezirksratspolitiker/innen aus Linden um den Fortbestand des Bades. Die Technik im Hallenbad könne sich jederzeit verabschieden, heißt es. Linden hätte dann kein Schwimmbad mehr. Auch in Stöcken befürchtet man, dass sich ein zu langer Sanierungsaufschub für das Bad als Todesurteil erweisen könnte. Das Bäderkonzept sieht vor, das Bad in Stöcken frühestens 2023 zu sanieren. In den vergangenen Monaten hatte eine Bürgerinitiative Unterschriften gegen den diskutierten Abriss samt Neubau und für die Aufwertung des Bades gesammelt.

„Kein Vergeben, Kein Vergessen!“

Kranzniederlegung anlässlich des 70. Befreiungstages des KZ-Ahlem

US-amerikanische Truppen befreiten am 10. April 1945 das Konzentrationslager (KZ) in Hannover-Ahlem. Der „Arbeitskreis Bürger gestalten ein Mahnmal“ hat zum 70. Jahrestag der Befreiung zusammen mit den evangelischen und katholischen Gemeinden aus Ahlem, Badenstedt, Davenstedt und Velber und der Heisterbergschule Ahlem den Opfer des Holocaust gedacht. Seit acht Jahren legt auch DIE LINKE einen Kranz zum Gedenken nieder. In diesem Jahr waren neben dem örtlichen Bezirksratsherrn Siegfried

Seidel und zahlreichen Parteimitgliedern auch Ratsfrau Gunda Pollok-Jabbi und Bezirksratsfrau Inga Schmalz aus Linden anwesend. „Für uns als Linke ist es selbstverständlich, zum Jahrestag der Befreiung des KZ Ahlem einen Kranz niederzulegen, um den Opfern des Faschismus zu gedenken“, sagte Siegfried Seidel bei der Kranzniederlegung. „Es kann kein Vergeben und kein Vergessen geben. Man muss dem Antisemitismus auch heutzutage entschieden entgegentreten.“

Veranstaltung:



Refugees welcome?

*„Wenn sich die Bilanz dieser erneuten Tragödie bestätigen sollte, sind in den vergangenen zehn Tagen mehr als 1.000 Menschen im Mittelmeer ums Leben gekommen.“
(Carlotta Sami, Sprecherin des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR am 19. April 2015)*

Mittwoch, 13.05.2015, 18.00 Uhr
Üstra-Remise (Vortragssaal)
Goethestraße 19, Hannover

Sabine Lösing, MdEP

Dr. Cornelia Ernst, MdEP

Kai Weber, Flüchtlingsrat Niedersachsen

Hatab Omar, Ezidische Akademie e.V.

NN

Gunda Pollok-Jabbi,

Ratsfrau im Rat der Stadt Hannover



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

DIE LINKE.
Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover